

Fünf Jahre Brexit: Versprechen gebrochen

Vor genau fünf Jahren stimmten die Briten für den Brexit.

Großbritanniens Premier Boris Johnson und seinen Brexiteers ging es mehr um Macht als um das Wohl des Landes.

Von Bettina Schulz, London

23. Juni 2021, 13:01 Uhr

Boris Johnson beim Nato-Gipfel in Brüssel im Juni © Frederic Sierakowski/ imago images

Versprechen gebrochen

Es ist an diesem Mittwoch genau fünf Jahre her, dass das Vereinigte Königreich mit knapper Mehrheit für den Brexit gestimmt hat. Seither interessiert es Premierminister Boris Johnson herzlich wenig, dass die dafür gegebenen Versprechen nicht aufgegangen sind. Die Konservative Partei ist an der Macht, allein das zählt.

Um die Argumente, mit denen der Brexit den Briten und Britinnen verkauft wurde, geht es schon lange nicht mehr. An die meisten Behauptungen erinnert man sich heute kaum noch. Was hatte der heute in der Versenkung verschwundene Nigel Farage von Ukip nicht damals alles behauptet, ebenso Boris Johnson, der heutige Vizepremier Michael Gove und Stratege Dominic Cummings von der Vote Leave: Die Türkei würde in Kürze der EU beitreten. Ein United States of Europe stünde kurz bevor. Das Land werde vom undemokratischen Brüssel seine Souveränität zurückerhalten. Der Öffentlichkeit wurde der EU-Austritt als Verheißung einer besseren Zukunft verkauft. Jahre zogen ins Land, in denen Johnson, Gove, Jacob Rees-Mogg und andere Tories alles Erdenkliche versprachen. An viele der damaligen Mitstreiter kann man sich heute kaum noch erinnern. Sie melden sich nicht mehr.

Ebenso die Unternehmer, die sich vollmundig für den Brexit einsetzten. Der Staubsaugerproduzent James Dyson? Er setzte sich

nach Singapur ab. Der Bauunternehmer Anthony Bamford von JCB? Von ihm hört man nichts mehr. Sir Jim Ratcliffe, der sein neues E-Auto in Wales bauen wollte? Hat sich nach Frankreich verzogen. Tim Martin, der Chef der Kneipenkette Wetherspoons, der nach dem Brexit unbedingt billigen Wein aus Australien importieren wollte? Das kann er jetzt machen, nachdem die britische Regierung mit Australien ihren ersten und bisher einzigen wirklich neuen Freihandelsvertrag abgeschlossen hat.

Der Nachteil: Jetzt fehlt den Kneipen das billige Personal aus Osteuropa, das lange das Land verlassen hat. Heute werden die Videoclips der damals großspurigen Behauptungen der Leave-Fans auf Twitter geteilt: Dass ein Handelsvertrag mit der EU ein Klacks sei, weil ja die deutsche Industrie Autos verkaufen wolle und sich Merkel dafür einsetzen werde, dass es keine Handelsbarrieren geben werde.

"Selbstverständlich werden wir mit der EU handeln, keine Zölle, keine Kontrollen. Alles andere wäre absurd", tönte Johnson. Dass das Ende der Freizügigkeit Konsequenzen für die Landwirtschaft, den Gesundheitssektor, die Pflegeheime, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Schlachthöfe, die Speditionen und Fabrikhallen haben würde, wurde in Kauf genommen. Dass sich Unternehmen im Im- und Export heute mit Papierkrieg herumschlagen und durchaus Zölle zahlen müssen, ist nebensächlich. Es knirscht zwar im Getriebe der Wirtschaft, Einfluss auf das Stimmverhalten bei Wahlen hat es nicht. Auch in aktuellen Umfragen ist das Land so gespalten wie schon vor fünf Jahren.

Sämtliche Vorwürfe perlen an Johnson ab

Für seinen Machterhalt unterminierte Johnson auch die Demokratie. Es bedurfte erst einer Gina Miller, die vor Gericht durchsetzte, dass das Parlament beim Brexit ein Wort mitzureden hatte – sonst hätten die Brexit-Tories die größte Transformation des Landes seit 40 Jahren auch ohne Mitsprache des Parlaments durchgezogen.

Die Brexit-Hardliner ließen Theresa May zunächst den Vortritt, um an ihr zu demonstrieren, dass ein Kompromiss mit der EU mit ihnen nicht zu machen war. May versuchte – ganz ehrlich und pflichtbewusst – das wirtschaftlich Beste für das Vereinigte Königreich und Nordirland herauszuholen. Aber Johnson und die Hardliner interessierte keine Ehrlichkeit und kein Pflichtbewusstsein. In Amerika machte ihnen Präsident Donald Trump lange vor, wie man mit Populismus und Attacken auf die Demokratie Macht ausspielen konnte.

Johnson zog nach: Nachdem er May gestürzt hatte, säuberte er die Fraktion von Widerständlern, darunter große Köpfe der britischen liberalen Demokratie wie Kenneth Clarke, Nicholas Soames und Dominic Grieve. Sogar Königin Elisabeth II. wurde instrumentalisiert, um eine verfassungswidrige Aussetzung des Parlaments zu verkünden – nur um die Möglichkeit zu haben, gegen den Willen des Parlamentes einen No Deal durchzupauken. Wieder bedurfte es einer Gina Miller, die vor Gericht ging. Wieder wurden die Richter diffamiert.

Die Rücksichtslosigkeit hat sich gelohnt

Es war ein unverblümter Angriff auf die Demokratie, nicht ganz so lautstark wie der auf das Capitol Hill in den USA. Die britische Verfassung ist eine Sammlung von Gesetzen, Traditionen und Gepflogenheiten, die nicht darauf ausgelegt ist, von einer Regierung missbraucht zu werden. Johnson aber hat dies getan. Er war auch der erste Premierminister, der sich dem Parlament und parlamentarischen Ausschüssen nicht zur Rechenschaft stellte, der die BBC boykottierte, der seinen Chef-Berater Dominic Cummings tief in die Ministerien hineinregieren ließ und die unparteiische Ministerialbürokratie politisierte.

Und heute, fünf Jahre später? Jetzt steht das Land mit den gebrochenen Versprechen da: die Fischer, die die britischen Fanggründe auch weiterhin mit der EU teilen müssen. Die Unternehmer, die selbstverständlich auf Warenkontrollen im Handel zwischen Nordirland und Großbritannien gefasst sein müssen. Die

Künstler und Bands, die eben nicht einfach mal so für eine Tournee nach Paris fahren können; die Studentinnen, die sich nicht mehr auf die Unterstützung des Erasmus-Programms verlassen können. Es lohnt nicht, sie alle aufzuführen, denn jede dieser Gruppe macht bei Wahlen nicht den entscheidenden Unterschied aus.

Es ist erstaunlich, wie die Vorwürfe der Lügen an Johnson abperlen, obwohl immer mehr Medien diese offensiv ansprechen. Die Zeiten sind vorbei, in denen es noch hieß, Johnson habe sich "undeutlich ausgedrückt". Auf dem jüngsten G7-Treffen wurde Johnson vor laufender Kamera von der Journalistin Beth Rigby auf Sky News gefragt: "Haben Sie gelogen, als Sie gesagt haben, es werde keine Grenze in der Irischen See geben, oder haben Sie den Vertrag nicht verstanden, den Sie selbst unterschrieben haben?" Am gleichen Tag fragte ihn der Journalist Gary Gibbon von Channel 4, ob er nicht begriffen habe, dass die EU ihm nicht mehr über den Weg traue, weil er sich nicht an Verträge halte.

Vom Brexit ist nicht viel geblieben

Auf Twitter kartet der Journalist Peter Stefanovic jedes Mal nach, wenn Johnson vor dem Parlament lügt, egal, ob es um falsche Angaben zur Zahl der Armen geht, um die Investitionen ins Gesundheitssystem, Kindergartenplätze, die Ausbildung von Krankenschwestern oder Umwelt-Statistiken. Stefanovic hat 250.000 Followerinnen und Follower auf Twitter. Seine Lügenbeweise wurden mittlerweile 23 Millionen Mal angeschaut.

"Weder Tony Blair, noch Gordon Brown, David Cameron oder Theresa May haben so systematisch das Parlament hintergangen wie Johnson", sagt der ehemalige Sprecher des Abgeordnetenhauses, John Bercow. Ein Parlamentssprecher könne zwar daran erinnern, dass Falschaussagen korrigiert werden müssten, aber mehr auch nicht.

Bercow ist inzwischen zu Labour gewechselt.

Der Autor Peter Osborne hat ein Buch über die Lügen von Trump und Johnson geschrieben: *The Assault on Truth*. Darin erklärt Osborne die

Lügenpolitik von Trump und Johnson als politisches Instrument: Es wird ein Kulturkampf geführt, egal, ob um Einwanderung, um den Brexit, die Medien oder Woke. Der Feind wird an die Wand gemalt. Damit öffne sich für Johnson die Möglichkeit, als Retter dazustehen. Dem vermeintlichen Heilsbringer folgen die Wähler. Lügen werden verziehen, denn man ist vereint im Kampf. Da hält man zusammen.

"Die Wahrheit in der Mitte wird nicht mehr gesucht"

Die Folge: Je mehr gelogen wird, desto mehr verwischt die bis dato von der Gesellschaft akzeptierte "neutrale" Wahrheit. Sie spielt kaum noch eine Rolle. "Das ist gefährlich", warnt Osborne. "In der Welt gibt es heute zwei Sichtweisen, die Dinge zu sehen. Aber beide Seiten reden kaum noch miteinander. Die Wahrheit in der Mitte wird gar nicht mehr gesucht."

Mit ihr müssen sich die Brexit-Anhänger auch nicht mehr auseinandersetzen. Die rechten Zeitungsmedien bereiten die Nachrichten für sie ohnehin passend auf. Seit Beginn vergangener Woche gibt es zudem einen Fernsehsender, GB News, frei nach dem Vorbild des Lieblingssenders von Trump, Fox News. Der Sender bemüht sich nicht einmal, neutral zu berichten, sondern stellt die Welt ganz im Sinne der patriotischen Briten und Britinnen dar, alles in rot-weiß-blau mit Union-Jack-Gefühl: für den Brexit, das Militär, die Einheit des Landes, die Monarchie, die Konservative Partei und für alle "von uns, in den bisher vergessenen Städten". Man werde sich nicht mehr kleinreden lassen, ganz nach dem Motto: Make Britain Great Again.

Die Moderatoren um den konservativen Chairman Andrew Neil sind rechts, teils direkt von der Brexit-Partei, teils mit Erfahrung von der US-amerikanischen Website Breitbart News im Rücken. Finanziert wird der Sender von genau den gleichen öffentlichkeitsscheuen, internationalen Investoren, die schon hinter der Vote-Leave-Kampagne und dem Brexit standen.

So ist vom Brexit nicht viel geblieben. Fünf Jahre nach der Abstimmung verzerrt die Corona-Pandemie die ökonomischen

Statistiken. Weder die Schreckensszenarien der EU-Anhänger sind in Erfüllung gegangen, noch die Träume all der Familien, die sich mit dem Brexit einen Aufschwung im Lebensstandard und eine Erholung ihrer Städte erhofften. Was bleibt ist eine Enttäuschung — auf allen Seiten